



Ein Paukenschlag für Die Linke bei der Bundestagswahl

Nachdem nach Auflösung des Bundestages 2024 noch gezittert wurde, ob der Einzug erneut geschafft werde und Die Linke nicht an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern würde, geschah das Unglaubliche. Merz übertraf sich mit widersprüchlichen, unglaubwürdigen Aussagen und Heidi Reichinnek konterte lautstark mit klugen, ihn bloßstellenden Reden. Damit rüttelte sie den Bundestag wach. Und nicht nur ihn - auch sprach Heidi Reichinnek plötzlich erstaunlich viele junge Leute an.

Seit der umstrittenen gemeinsamen Abstimmung von Union, FDP und AfD am 29.01.2025 schnellte die Mitgliederzahl exorbitant in die Höhe - seit Jahresbeginn 2025 sind es knapp 23500 Neumitglieder. Denn die Menschen, die eine gerechte Politik wollen, wissen, auf die Linken können sie sich verlassen.

Somit konnte die Linke ein grandioses Wahlergebnis abliefern. Im Wahlkreis 57 Uckermark-Barnim I erlangte sie 10,97% der Zweitstimmen - fast 2,0% mehr als 2021. Im Land Brandenburg stiegen die Zweitstimmen von 8,48% auf 10,70%. Sie ließen die Grünen und die Freien Wähler hinter sich - auch das BSW konnte seine Stimmen nicht mehr halten.

Die Abspaltung des BSW von den LINKEN war ein Befreiungsschlag. Auch dank der Mission Silberlocke - Gysi, Bartsch und Ramelow - die besonders die jungen Wähler mitrissen und begeisterten, Somit schaffte die Linke mit 8,77% den Einzug in den Bundestag mit 64 Sitzen. Nun heißt es - an der Spitze mit Heidi Reichinnek und Jan van Aken – in einem herausfordernden politischen Umfeld ihre Agenda im Bundestag durchzusetzen und laut sowie kämpferisch für Frieden, soziale Gerechtigkeit, bezahlbare Mieten und Klimaschutz zu sein.

Heike Heise-Heiland

Aus dem Inhalt:

Ein Paukenschlag für die Linke	S.1
Bemerkenswerte Bundestagsmandate	S.2
Sackgasse Aufrüstung	S. 3-4
Thema: Frieden	S. 5-7
Presse der Linken Brandenburg	S. 8-9
Informationen aus Kreistag und SVV	S. 10
Nachruf Inge Kirsch	S. 11
Termine/Verschiedenes/Geburtstages	S.12



Bemerkenswerte Bundestagswahlergebnisse

Berlin

Bei der Bundestagswahl 2025 hat in Berlin überraschend die Linkspartei gewonnen. Nach Auszählung aller Wahllokale liegt die Linke mit 19,9 Prozent der Zweitstimmen vorn. Sie ist damit fast doppelt so stark wie bei der Wahl 2021 inklusive der Teilwiederholung 2024. Das ist ein Rekordergebnis in Berlin.

Auch bei den Erststimmen führt die Linke mit 21,8 Prozent. Nach der Auszählung aller Wahllokale hat Spitzenkandidat Gregor Gysi im Wahlkreis 83 Treptow-Köpenick, die Bundesvorsitzende Ines Schwerdtner im Wahlkreis 85 Lichtenberg, Ferat Koçak im Wahlkreis 81 Neukölln und Pascal Meiser im Wahlkreis 82 Friedrichshain-Kreuzberg - Prenzlauer Berg Ost gewonnen. Ferat Koçak gewinnt damit auch den ersten "westdeutschen" Wahlbezirk für die Linke.

Auswahl weiterer besonderer, gewonnener Bundestagsmandate

Jan van Aken (Landesliste Hamburg)
Dr. Dietmar Bartsch (Landesliste Mecklenburg.Vorpommern)
Clara Bünger, Caren Ley (Landesliste Sachsen)
Christian Görke (Landesliste Brandenburg)
Sören Pellmann (Direktmandat WK 153 Sachsen-Leipzig II)
Bodo Ramelow (Direktmandat WK 192 Erfurt, Weimar, Weimarer Land II)
Heidi Reichinnek (Landesliste Niedersachsen)
Gerhard Trabert (Landesliste Rheinland-Pfalz)
Isabelle Vandree (Landesliste Brandenburg)
Christin Willnat (Landesliste Brandenburg)

Zusammenstellung:
Redaktion KoppHoch

Information zur Abstimmung zum Schuldenvermögen für Verteidigung und Infrastruktur im Bundesrat

Für die Grundgesetzänderung stimmten am 21. März 2025 zwölf Länder mit 53 Stimmen. Insgesamt gibt es im Bundesrat 69 Stimmen – für eine Zweidrittelmehrheit sind damit mindestens 46 Stimmen erforderlich.

Die Länderkammer hat dem Finanzpaket für Verteidigung und Infrastruktur und der Änderung der Schuldenbremse zugestimmt. Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz enthielten sich.

Bemerkenswert und doch unverständlich bei der Abstimmung war, dass die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Bremen, in denen die Linkspartei an der Regierung beteiligt ist, dem Schuldenpaket für Verteidigung und Infrastruktur zugestimmt haben.

Sackgasse Aufrüstung – betrachtet an den bisherigen historischen Ereignissen

Europäische Souverenität bedeutet nicht Aufbau einer europäischen Armee

Führende deutsche Politiker wiederholen gebetsmühlenartig, dass Deutschland jetzt kriegstüchtig werden muss und demnach beinahe grenzenlos Geld für das Militär aufgewendet werden soll.

Am 26. Februar 2025 trat das 16. Sanktionspaket der EU gegen Russland in Kraft. Die ersten drei Sanktionen gegen Russland verhängte die EU mit Blick auf das für den 16. März 2014 angekündigte Referendum über den Status der Krim am 6. März 2014. In diesem Zusammenhang wurden Verhandlungen mit Russland über VISA-Erleichterungen sowie ein neues Grundlagenabkommen Russland – EU ausgesetzt.

Am 24. Februar 2022 begann der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine. März 2025: der ukrainische Präsident Selensky posiert für die aktuelle Ausgabe des US-Magazins „Time“ in seinem Büro vor seinem Lieblingsbild mit Kreml in Flammen als Symbol für einen Sieg. Das Gemälde eines georgischen Künstlers hat den Titel „Der Traum“. Provokation?

Aber ich möchte nun in die Historie zurück in das Jahr 2001 gehen, und zwar in den Deutschen Bundestag am 25. September 2001. Wirklich interessant! Damals gab es nach anhaltendem Beifall für eine Rede, nach der sich die Abgeordneten sogar von ihren Plätzen erheben, - ein nachdenkliches Kontrastprogramm zur Gegenwart. Der Redner war der Präsident Russlands, Putin. Er trug seine Rede in russischer und deutscher Sprache vor. Aus dem offiziellen Wortprotokoll des Bundestages habe ich einige interessante Redeteile ausgewählt:

„Es ist das erste Mal in der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, dass ein russisches Staatsoberhaupt in diesem Hohen Hause auftritt. Diese Ehre, die mir heute zuteil geworden ist, bestätigt das Interesse Russlands und Deutschlands am gegenseitigen Dialog.“

„Was die europäische Integration betrifft, so unterstützen wir nicht einfach nur diese Prozesse, sondern sehen sie auch mit Hoffnung.“

„Ich bin der festen Meinung, in der heutigen sich schnell änderenden Welt ... ist auch Europa unmittelbar an der Weiterentwicklung des Verhältnisses zu Russland interessiert.“

„..., weil wir es immer noch nicht geschafft haben, die Veränderungen zu erkennen, die in der Welt in den letzten Jahren stattgefunden haben. Wir leben weiterhin im alten Wertesystem. Wir sprechen von einer Partnerschaft. In Wirklichkeit haben wir aber immer noch nicht gelernt, einander zu vertrauen. Trotz der vielen süßen Reden leisten wir weiterhin heimlichen Widerstand. Mal verlangen wir Loyalität zur NATO, mal streiten wir uns über die Zweckmäßigkeit ihrer Ausbreitung.“

„Wir können uns immer noch nicht über die Probleme im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem einigen. ... Tatsächlich lebte die Welt im Laufe der Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts unter der Konfrontation zweier Systeme, welche die ganze Menschheit mehrmals fast vernichtet hätte. ..., als ob wir nicht bemerken würden, dass die Welt nicht mehr in zwei feindliche Lager geteilt ist. Die Welt ist viel komplizierter geworden.“

„... haben wir es bisher nicht geschafft, einen effektiven Mechanismus der Zusammenarbeit auszuarbeiten. Die bisher ausgebauten Koordinationsorgane geben Russland keine realen Möglichkeiten, bei der Vorbereitung der Beschlussfassungen mitzuwirken. Heutzutage werden Entscheidungen manchmal überhaupt ohne uns getroffen. Wir werden dann nachträglich gebeten, sie zu bestätigen. Dann spricht man wieder von Loyalität gegenüber der NATO.“

„... zwischen Russland und Amerika liegen Ozeane. Zwischen Russland und Deutschland liegt die große Geschichte.“

„... ich bin überzeugt, wir schlagen heute eine neue Seite in der Geschichte unserer bilateralen Beziehungen auf und wir leisten damit unseren gemeinsamen Beitrag zum Aufbau des europäischen Hauses.“

Welche Chancen wurden von den politischen Akteuren, auch besonders in Europa, in den letzten Jahren vertan?!

Heute ist die NATO größer in Europa und näher an Russland gerückt als je zuvor. Zugleich aber könnte die politische Distanz zu Moskau kaum größer sein.

Vertreter der internationalen Konfliktforschung plädieren im Interesse der Menschheit für einen Neuaufbau multilateraler Friedenssysteme, wie z. B. der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), gegen diese ganze Aufrüstungshysterie.

Persönliche Nachbemerkung: Ich bin immer wieder erstaunt, wie zögerlich sich Politiker der EU und vieler europäischer Regierungen aktuell mit Menschenrechtsverletzungen und Spannungen gegenüber Regierungen, wie z. B. der Türkei, Israel und der USA äußern. Will man sie nicht verärgern?

Monika Gohl

Bitten der Kinder

Die Häuser sollen nicht brennen. Bomber sollt man nicht kennen.

Die Nacht soll für den Schlaf sein. Leben soll keine Straf sein.

Die Mütter sollen nicht weinen. Keiner soll töten einen.

Alle sollen was bauen. Da kann man allen trauen.

Die Jungen sollen's erreichen. Die Alten desgleichen.

Bertolt Brecht (1898-1956)

Frieden aber ist Vernunft

Wie Menschen sich gegenseitig zerstören, ist weltweit ohnegleichen,
darum fürchte sich jeder vor sich und seinesgleichen!
Vor wem denn sonst?

Man fürchte die Koalitionen der eigenen Dummheit, meide und verhindere sie!

Wer Waffen schmiedet, schwungvollen Handel damit treibt, sie an Günstlinge sogar verschenkt, wer in den Krieg zieht mit der Einbildung, sein System auf dem Globus wo immer, also auch am Hindukusch verteidigen zu müssen, entblößt sich als friedensunfähig, verrät die Menschlichkeit, betrügt die Menschheit, unabhängig davon, was andere, auch sogenannte Freunde unter religiöser und ideologischer Rechtfertigung tun oder lassen, um Menschen zu vernichten.

Es fehlt an Vernunft in einer Welt unseligen Glaubens.

Frieden aber ist Vernunft, es besteht eine unmittelbare Wechselwirkung.

Religion mag Frieden im naiven Hinterstübchen gewähren, auf den täglichen Bühnen der Welt demonstriert sie Entmenschlichung. Sie versagt als „Friedensbotschaft“ so wie Weihnachten exemplarisch im allgemeinen Konsumrausch versackt, in erbärmlicher geistiger Armut.

Nein, Frieden braucht ein ganz anderes, ein vernünftiges Fundament.

Lasset uns nicht beten, sondern beginnen, Vernunft anzunehmen nach den Jahrtausenden der Kriege!

Frieden sei uns Hoffnung und Antrieb und begründe unsere Lebenskraft.

© Raymond Walden (*1945)

Friedenaussätze



Frieden

Immer kämpfen, immer streiten
Und das lohnt doch wahrlich nicht
Und das Recht hat viele Seiten,

Und der Friede, er ist Pflicht.

Friederike Kempner (1828-1904)

Eine friedliche Welt ist möglich

Wir erleben einen Epochenbruch. Der Konflikt um die Vorherrschaft in der Welt spitzt sich zu. Eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz feuert Konflikte um Märkte und Ressourcen überall an.

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine führt nicht nur zu unermesslichem menschlichem Leid, dieser Völkerrechtsbruch erschüttert die internationale Ordnung.

Mit der Wahl von Donald Trump kehrt eine große Unberechenbarkeit zurück in die US-Außenpolitik: Nationalismus, etwaige Handelskriege und imperiale Drohgebärden stehen neben dem Ruf nach Frieden in Nahost und der Ukraine.

Demokratie und Sicherheit sind auch in der EU durch die Drohungen Putins und die Wahl von Donald Trump großen Herausforderungen ausgesetzt.

Gleichzeitig ist die deutsche und europäische Außenpolitik der letzten Jahrzehnte weit davon entfernt, einem friedlichen Anspruch gerecht zu werden. Die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein reines Militärbündnis zur Durchsetzung eigener Interessen, immer wieder auch mit militärischer Gewalt. Deutschland und die EU tragen durch wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen.

Wir setzen auf eine friedliche und demokratische Außenpolitik, die internationale Solidarität über Profitinteressen stellt. Die Europäische Union muss sich in der Blockkonfrontation unabhängig machen, Sicherheit selbstständig organisieren und überall für Gerechtigkeit, Kooperation und Demokratie eintreten.

Dafür setzt sich die Linke ein

Mehr Diplomatie und friedliche Konfliktlösung:

Wir setzen uns weltweit für friedliche Konfliktlösungen ein. Wir wollen gerechten Frieden: durch einen Waffenstillstand, die Freilassung der Geiseln und eine Zweistaatenlösung im Nahen Osten und den Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine - einen Friedensprozess in dessen Rahmen belastbare Sicherheitsgarantien für die Ukraine erarbeitet werden müssen.

Wir wollen Diplomatie stark machen und die EU und Bundesrepublik international glaubwürdig. Denn die fehlende Glaubwürdigkeit, etwa angesichts der Völkerrechtsbrüche von NATO-Verbündeten, wie der USA, der Türkei oder Saudi-Arabien, ist selbst ein Sicherheitsrisiko für Europa. Der Krieg im Sudan löste einer der größten humanitären Krisen unserer Zeit aus und läuft dennoch in Europa weitestgehend unter dem Radar. Doppelte Standards in der Außenpolitik erodieren das System der internationalen Ordnung. Das verhindert auch diplomatische Erfolge, siehe die fehlende internationale Unterstützung der Sanktionen gegen Russland. ...

Abrüstung - durch Verstaatlichung der Rüstungsindustrie:

Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und die weltweite Spirale von Aufrüstung und Konfrontation durchbrechen. Mehr Geld für Aufrüstung lehnen wir ab. Von einem Rüstungswettlauf profitieren vor allem die Rüstungskonzerne und ihre Anteilseigner. Die Bundeswehr wollen wir zu einer reinen Verteidigungsarmee umbauen. ...

Ein sicheres Leben für alle:

Sicherheit ist ein öffentliches Gut. Der Sicherheitsbegriff wird zu oft auf das Militärische reduziert, diese Logik wollen wir beenden. Denn soziale Sicherheit ist Bedingung und Voraussetzung für Frieden und Stabilität, für ein friedliches Miteinander und bildet das Fundament unserer Demokratie. Wir wollen ein soziales Deutschland in einer sozialen EU, die dem internationalen Ausgleich und dem Frieden verpflichtet ist, anstatt Löhne zu drücken, Blockkonfrontation und Standortkonkurrenz zu verschärfen. Deswegen fordern wir Investitionen in Schulen, Krankenhäuser, den wirtschaftlichen Umbau und in die Infrastruktur. Es braucht eine friedenspolitische Zeitenwende - für eine Sicherheitspolitik ohne militärischen Tunnelblick.

Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht

...

Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen:

Wir sind gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und lehnen die weitere Aufrüstung ab. Die europäischen NATO-Staaten geben heute schon – kaufkraftbereinigt – sehr viel mehr Geld für das Militär aus als Russland. Sicherheit ist ohne Aufrüstung organisierbar.

Stärkung und Reform der Vereinten Nationen:

Die UN-Generalversammlung, in der alle Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind, muss gegenüber dem undemokratischen UN-Sicherheitsrat stärkere Entscheidungsrechte erhalten, vor allem bei Fragen zur Wahrung des Weltfriedens.

Abrüstung von unten:

Wir unterstützen alle Abrüstungsbemühungen von unten, bei denen die globale Zivilgesellschaft für eine grenzübergreifende Eindämmung des Rüstungswahnsinns eintritt. Wir unterstützen globale Initiativen zur Abrüstung und zur Reduzierung der Militärausgaben, um so die Logik des Rüstungswettlaufes zu durchbrechen und das Geld für Zukunftsinvestitionen zu nutzen.

Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen:

Die EU muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags über Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa einsetzen. Verhandlungen zwischen NATO und Russland über die Eliminierung taktischer Atomwaffen vom Atlantik bis zum Ural sind dringend geboten. Ziel muss die Beseitigung aller Atomwaffen sein.

Globale Gerechtigkeit:

Auch global gilt: kein Frieden, keine Sicherheit ohne soziale Gerechtigkeit. Was wir wirtschafts- und sozialpolitisch für Deutschland fordern, wollen wir auch global durchsetzen – gemeinsam und solidarisch mit den sozialen Bewegungen und den fortschrittlichen Parteien weltweit. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder gefährden, müssen ebenso beendet werden wie solche, die neoliberale Strukturanpassungen erzwingen.

100 Tage Stillstand – Koalition der Arbeitsverweigerung

Seit 100 Tagen ist die Koalition aus SPD und BSW in Brandenburg im Amt. Viel gemerkt hat man davon bisher nicht, kommentiert Sebastian Walter, Landesvorsitzender der Brandenburger Linken:

„Noch keine Koalition hatte in den ersten 100 Tagen so wenig vorzuweisen, wie die SPD/BSW Koalition. Einig war man sich schnell bei den eigenen Posten, aber sonst ist nicht viel passiert. Der Haushalt lässt immer noch auf sich warten und die Verlautbarungen lassen nichts Gutes erahnen. Statt anderer Politik, um Vertrauen zurückzugewinnen glänzt diese Koalition vor allem mit Arbeitsverweigerung. In Brandenburg steigen die Mieten schneller als in Berlin, die Lebensmittel sind hier mit am teuersten und jedes zweite Krankenhaus steht vor der Schließung – zu all dem hat die Koalition nichts zu sagen.

Stattdessen schwadroniert die Innenministerin in AfD-Manier über Ausländerkriminalität, werden dreistellige Millionenbeträge aus dem Transformationsfonds für die Lausitz für Aufrüstung in Holzdorf zweckentfremdet. Nichts ist geblieben von dem Versprechen einer anderen Politik, die Vertrauen zurückgewinnt. Das, was die Landesregierung hier macht, ist nicht nur arrogant, sondern demokratiegefährdend und ein Konjunkturprogramm für die AfD. Wir werden als Linke alles unternehmen, um Angriffe auf den Sozialstaat und Kürzungen in wichtigen Bereichen abzuwehren und gemeinsam mit den Menschen auf der Straße Druck zu machen für eine bessere Politik.

Wie lange diese Koalition überhaupt noch hält und ob sie die Haushaltsverhandlungen übersteht, steht in den Sternen. Wir stehen bereit für Neuwahlen und einen echten Politikwechsel.“

19. März 2025
Pressemitteilungen

Kriminalstatistik – Verzerrung mit schlimmen Folgen

Die Rücknahme wesentlicher Teile der Kriminalstatistik des Landes und deren deutliche Korrektur an sich ist schon schlimm genug. Aber der Versuch der zuständigen Ministerin Lange, dies auch noch zu bagatellisieren, ist der eigentliche Skandal, meint der Landesvorsitzende der Linken, Sebastian Walter:

„Sie halte nichts davon, solche Fälle unter den Teppich zu kehren“, sagte Katrin Lange bei der Vorstellung der ersten Version vor 2 Wochen und fokussierte in der öffentlichen Darstellung massiv auf die angeblich so überdurchschnittliche Kriminalität von Migrant:innen. Das stimmte schon in der ersten Fassung so nicht und sorgte teils auch bei den Medien für Verwunderung. Es fällt auch angesichts des Agierens der Ministerin schwer, dahinter kein politisches Kalkül zu vermuten. Die Korrektur zeigt nun, dass sie ausgerechnet in diesem sensiblen Feld auch noch erhebliche Fehler aufwies. Tatsächlich ist die Zahl der tatverdächtigen Migrant:innen, die in Brandenburg leben, nicht einmal halb so hoch, wie behauptet.

Das würde die Ministerin nun sehr gern unter den Teppich kehren. Ressentiments sei mit den Fehlern kein Vorschub geleistet worden, sagt sie. Geht's noch, Frau Lange? Woanders müssten Sie dafür ihren Hut nehmen!

Das Mindeste, was Brandenburgerinnen und Brandenburger mit Migrationshintergrund jetzt erwarten können, ist eine öffentliche Entschuldigung der Ministerin dafür, dass sie mit einer amtlichen Statistik und deren öffentlicher Darstellung durch sie ganz persönlich einen aktiven Beitrag zu Stigmatisierung und Vorurteilen geleistet hat.

Dass sie solchen Vorurteilen und dem daraus resultierenden Hass nunmehr aktiv und bei jeder Gelegenheit entgegentritt. Und mit einem funktionierenden Kontrollsystem Wiederholungen eines solch beispiellosen Vorgangs verhindert. Stattdessen vermittelt die Ministerin allerdings den Eindruck, dass sie diesen Fall dann doch lieber unter den Teppich kehren würde.

So Frau Lange besorgen Sie nur das Geschäft der AfD!“

24. März 2025
Pressemitteilungen

Mehr Arbeit für Lehrer:innen statt mehr Geld für Schulen

Statt dringend notwendige Investitionen in das Bildungssystem will die Landesregierung nun die Lehrkräfte zusätzlich belasten. Unverfroren findet das der Landesvorsitzende der Linken, Sebastian Walter:

„Die SPD und BSW wollten die Bildung im Land stärken. Mehr Lehrerinnen und Lehrer und bessere Schulen sind dringend nötig – da waren sich alle einig! Die jetzige Ankündigung von Mehrstunden für Lehrer in Brandenburg ist nichts weniger als ein Skandal. Jetzt sollen diejenigen bestraft werden, die jeden Tag versuchen das Beste aus dem zum Teil maroden Schulsystem rauszuholen. Das Ergebnis werden mehr Unterrichtsausfall, weniger Lehrerinnen und Lehrer sein. Dieser absurde Vorschlag sorgt dafür, dass die Kinder wieder einmal die Zeche zahlen müssen für eine verfehlte Politik.

Robert Crumbach ist in seiner Arroganz ungeschlagen und seine Planlosigkeit führt zu noch nie dagewesenen Taschenspielertricks, die am Ende demokratiegefährdend sind, weil sie Vertrauen kosten. Der einzige, der hier nachsitzen muss, ist der Finanzminister!“

25. März 2025
Pressemitteilungen

In eigener Sache

Die Linke wächst. Auch in der Uckermark. Seit Jahresbeginn stieg die Mitgliederanzahl um mehr als 25%.

Wir begrüßen herzlich alle neuen Mitglieder im Kreisverband Uckermark und im Besonderen auch in der Basisorganisation Schwedt. Schön, dass ihr da seid, neue Ideen und neuen Schwung für die Parteiarbeit mitbringt. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit miteinander.

Nächste wichtige Termine sind der 1. Mai und der 8. Mai 2025.

Vorstand der BO Schwedt
Die Linke

Informationen aus dem Kreistag Uckermark und der Stadtverordnetenversammlung Schwedt/O.

Am 29. Januar 2025 fand ein Sonderkreistag zum Erhalt der GLG-Kliniken in der Uckermark statt. Es entbrannte eine vierstündige Diskussion. Die Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG) als Betreiber der Krankenhäuser Angermünde und Prenzlau plante die Schließung mehrerer Abteilungen, u. a. die Schließung der Intensivstation im Prenzlauer Krankenhaus. Diese Vorhaben sorgten für große Verunsicherung bei den Patienten und auch beim Personal. Es ging darum, verlässliche Lösungen für die Sicherung der medizinischen Versorgung zu sichern. Die Landrätin schickte kurz vor der Sonderkreistagssitzung einen Antrag ins Rennen – wohlweislich in Sicht auf den Wahlkampf – beide Krankenhäuser mit bis zu zwei Millionen Euro jährlich für die Jahre 2025 und 2026 zu unterstützen. Nach vier Stunden hitziger Debatte und reichlich Wahlkampfgerassel wurde diesem Antrag zugestimmt. Zudem soll eine Arbeitsgruppe gegründet werden, die den Prozess der Sicherung des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) Uckermark begleitet und die medizinische Grundversorgung an den Standorten Angermünde und Prenzlau sichert.

Auf dem regulären Kreistag am 05. März 2025 waren die GLG Krankenhäuser Angermünde und Prenzlau erneut Programm. Es gab den klaren Auftrag für die Landrätin, sich beim Land Brandenburg für eine Aufnahme des Krankenhauses Prenzlau in den Landeskrankenhausplan stark zu machen. Die Grundversorgung muss sichergestellt und die Abwanderung von Ärzten und Pflegekräften eingedämmt werden. Auf Antrag der Fraktion die Linke wurde das Krankenhaus Angermünde noch in die Vorlage und somit in den Rettungsschirm aufgenommen. Zudem wurde die Förderrichtlinie des Landkreises Uckermark zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten verlängert und der Jahresbericht 2024 zur Umsetzung des Landesprogramms „Pakt für Pflege“ wohlwollend zur Kenntnis genommen.

In Vorbereitung auf die Stadtverordnetenversammlung Schwedt am 26. März 2025 wurde die Hebesatzung der Grundsteuer A und B sehr kontrovers in den Ausschüssen diskutiert und mühevoll in Einigung mit den Fraktionen eine Vorlage zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung erarbeitet. Somit kann hoffentlich im dritten Anlauf der vakante Haushalt 2025 beschlossen werden.

Heike-Heise-Heiland

Ergänzung zur Gewerbesteuer:

Die Grundsteuer B für Grundstücke in Schwedt bleibt bei 445 v. H.

Gewerbesteuer in den Ortsteilen:

Schwedt 365 v. H.

Felchow, Flemisdorf, Schöneberg, Passow, Schönnow, Jamikow, Briest = 325 v. H.

Berkholz-Meyenburg, Grünow, Schönermark = 330 v. H.

Inge Kirsch - ein Nachruf

Inge Kirsch - wer kennt sie nicht. Mit dem Herzen und aller Energie, zu der ein Einzelner fähig ist, ist sie Linke.

1940 im Wein- und Obstanbaugebiet Freyburg an der Unstrut geboren, absolvierte sie - für die Region standesgemäß - zwischen 1957 und 1960 ihre Berufsausbildung als Buchhalterin beim VEB Rotkäppchen Sektkellerei in Freyburg/Unstrut.

Schon früh entschied sie sich für den Weg in die Partei: 1959 trat sie der SED bei und war der linken Grundidee und -überzeugung auch in der PDS und schließlich der Linken treu geblieben.

Seit 1961 lebte sie in Schwedt/Oder. Bis 1995 arbeitete sie in der PCK Raffinerie GmbH (vorher EVW Schwedt). Von 1969 bis 1973 qualifizierte sie sich im Fernstudium zur Ökonomin und erreichte 1991 ihre Anerkennung als Diplom Betriebswirtschaftlerin (FH).

Ihre politische Aktivität begann 1991 als Vorsitzende der Schieds- und Finanzrevisionskommission in Schwedt und wurde ab 1993 in der Kreisschiedskommission fortgeführt.

Seit 1998 war sie Stadtverordnete in der damaligen Offenen Liste der PDS und danach in der Fraktion die Linke. Sie bekleidete weiterhin viele Jahre die Funktion als Fraktionsvorsitzende der Linken in der SVV Schwedt.

Weitere Funktionen/Mitgliedschaften waren u. a.:

Mitglied im Verwaltungsrat der Stadtparkasse Schwedt,
Mitglied in zwei Seniorenvereinen,
Mitglied im Förderverein der UBS, im Frauenverein Schwedt, im Verein Biologischer Schulgarten.

Sie war ab 2010 einige Wahlperioden im Kreisvorstand der LINKEN und hatte auch zeitweise die Funktion einer Kreisgeschäftsführerin inne.



Wir kannten Inge als geradlinige Genossin, die mit viel Engagement, hoher Effizienz, Ausdauer und Hartnäckigkeit ihre Aufgaben bewältigte.

Am 06.01.2025 verstarb Inge nach langer Erkrankung in einem Pflegeheim. Den Schwedter Genossinnen und Genossen und sicher auch vielen Wegbegleitern aus dem Kreisverband Uckermark der Linken sowie aus anderen Gremien der Partei wird sie fehlen.

Wir erinnern uns gern an Inge, ihre Ideen, ihre Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit.

Vorstand der BO Schwedt

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation DIE LINKE Schwedt und ausgewählte öffentliche Termine Stand: März 2025

16.04.2025	Vorstandssitzung der BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle, R 201
01.05.2025	1.Mai bei den Linken	11:00 bis 14 Uhr Gelände Fischer Zahn/ Gaststätte "Pane e piu" Bollwerk Schwedt
08.05.2025	80. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus	Termin wird noch bekannt gegeben
21.05.2025	Vorstandssitzung der BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle, R 201
18.06.2025	Vorstandssitzung der BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle, R 201



Wir trauern um Marlies Wiegand

gestorben am 17. März 2025 mit 92 Jahren
nach langer schwerer Krankheit.

Sie war jahrelang Leiterin unserer Geschäftsstelle. Die Schwedter Linke wird sie in ehrendem Gedenken stets in Erinnerung behalten.

Herzliche Geburtstagsgrüße

übermittelt der Vorstand der Linken Schwedt und die Redaktion des KoppHoch allen Genossinnen und Genossen sowie allen Leserinnen und Lesern unserer kleinen Zeitung. Wir wünschen allen 12 Monate Glück, 52 Wochen Zufriedenheit, 365 Tage voller Liebe, 8.760 Stunden ohne Stress, 525.600 Minuten Frohsinn und 31.536.000 Sekunden mit deinen Liebsten. Kurz gesagt: ein unvergleichbares Jahr!



KoppHoch erscheint 1 x im Quartal. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe II/2025: 20.06.2025

Impressum

Herausgeber:

Die Linke
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M. Gohl, I. Giel

Gestaltung:

M. + I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei
Die Linke Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 201
mind. 1 x wöchentlich oder nach
Bedarf bzw. Tel. 415810

Finanzen

Wird z. Z. neu geregelt und erfolgt
operativ, Telefon: 415810.

Kontakt und Adressen

Die Linke

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de